

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein, Michael Müller (Düsseldorf), Heidemarie Wieczorek-Zeul, Gerd Andres, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Marion Caspers-Merk, Peter Conradi, Dr. Marliese Dobberthien, Elke Ferner, Monika Ganseforth, Stephan Hilsberg, Susanne Kastner, Siegrun Klemmer, Dr. Klaus Kübler, Klaus Lennartz, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Dieter Schloten, Dietmar Schütz, Dr. Peter Struck, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Weiermann, Barbara Weiler, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Dr. Norbert Wieczorek, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD**

### **Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung einer Europäischen Umweltgemeinschaft**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine der entscheidenden Triebfedern für die europäische Integration stellt die Aussicht dar, durch die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkts und des damit verbundenen wirtschaftlichen Wachstums eine Verbesserung der Lebensbedingungen für alle sowie eine Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der Mitgliedstaaten zu erreichen. Gradmesser für den Erfolg ist das Bruttosozialprodukt. Der „Cecchini-Bericht“ hat die ökonomischen Effekte des Binnenmarkts berechnet und eindrucksvoll dargestellt. Nach dem „Cecchini-Bericht“ wird der „grenzenlose Binnenmarkt“ für die Zwölferegemeinschaft einen wirtschaftlichen Gewinn von rd. 430 Mrd. DM pro Jahr bringen.

Die Verwirklichung des Binnenmarkts hat wie jedes wirtschaftliche Wachstum verstärkte Umweltbelastungen zur Folge, z. B. durch eine Steigerung des Abfallaufkommens oder des Energieverbrauchs. Im Verkehrsbereich löst die mit dem Binnenmarkt verbundene forcierte internationale Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Öffnung der Grenzen, Liberalisierung des Güterverkehrs und fallenden Transportpreisen zusätzliche Verkehrsleistungen aus. In der Bundesrepublik Deutschland wird eine Zunahme des Straßengütertransports um 193 % bis zum Jahr 2010 prognostiziert. Bei einer ganzheitlichen Betrachtung sind die daraus resultierenden Umweltbelastungen wie Gesundheitsschädigung, Bodenverschmutzung und Luftverunreini-

gung als Kosten in einer volkswirtschaftlichen Bilanzierung zu berücksichtigen. Schon heute verursacht der Autoverkehr in Deutschland je nach Schätzmethode Jahr für Jahr externe Kosten zwischen 100 und 250 Mrd. DM.

Jeder Fortschritt in der europäischen Umweltpolitik, insbesondere eine schrittweise Umsetzung des „V. Umweltaktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft für eine nachhaltige Entwicklung“ oder die Umsetzung von Einzelmaßnahmen wie die Einführung einer EG-weiten Energiesteuer, wird die Höhe der verursachten Umweltkosten vermindern. Da die Vermeidung von Umweltschäden langfristig wesentlich kostengünstiger ist als die Sanierung von Umweltschäden, ist eine umfassende Umweltvorsorge nicht nur ein Gebot ökologischer, sondern auch ökonomischer Vernunft.

Um politische Entscheidungen über eine langfristige EG-weite Entwicklungsstrategie, die die dringend notwendige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einbezieht, treffen zu können, muß Klarheit über die kurz-, mittel- und langfristigen ökonomischen Auswirkungen dieser Strategie bestehen. Die Erstellung eines „Weißbuchs über die Kosten der Nichtverwirklichung einer Europäischen Umweltgemeinschaft“ wird hierzu wertvolle Ansätze liefern.

2. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

sich im EG-Ministerrat dafür einzusetzen, daß die EG-Kommission ein „Weißbuch über die Kosten der Nichtverwirklichung der Europäischen Umweltgemeinschaft“ vorlegt. Dies entspricht der im April 1993 vom Europäischen Parlament verabschiedeten gemeinsamen Resolution der Fraktion der Europäischen Volkspartei, der Sozialistischen Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN.

Im Weißbuch soll sowohl eine Kostenrechnung für den Status quo enthalten sein als auch ein Vergleich der Kosten, die bei Fortführung der bisherigen Entwicklungsmuster entstehen, und derjenigen, die bei Einleitung einer dauerhaften Entwicklung entstehen würden. Zu berücksichtigen sind dabei unter anderem folgende Aspekte:

- Gesundheitsschäden durch Luftverunreinigung;
- Verluste durch umweltverschmutzungsbedingte Materialschäden;
- Verluste durch Flächenversiegelung und Artenschwund;
- Einkommensverluste in Landwirtschaft und Fischerei;
- Verluste durch Bodenbelastung;
- Kosten der Trinkwasserversorgung einschließlich Wasseraufbereitung; Folgekosten der Verseuchung von Grund- und Oberflächenwasser;
- Kosten der Lärmbelastung einschließlich Gesundheitsschäden;
- Folgekosten der Verkehrsüberflutung;
- Beeinträchtigung des Freizeit- und Erholungswerts;
- volkswirtschaftliche Kosten für Naturschutzmaßnahmen, insbesondere für den Arten- und Biotopschutz.

Das Weißbuch soll eine Darstellung der notwendigen Maßnahmen und Reformen auf dem Weg zu einer Europäischen Umweltunion sowie einen Zeitplan enthalten und den Vergleich der Kosten bei Verwirklichung oder Nichtverwirklichung der Umweltgemeinschaft ermöglichen. Damit soll deutlich werden, wie das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung, das Leitgedanke des V. Umweltaktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft ist, in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden kann.

Ferner soll dargestellt werden, in welcher Weise eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaften der EG-Mitgliedsländer den notwendigen technologischen Strukturwandel befördern und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen kann.

Die Erkenntnisse des Forschungsschwerpunktprogramms „Kosten der Umweltverschmutzung/Nutzen des Umweltschutzes“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aus dem Jahr 1991 sollen in die Erarbeitung des „Weißbuchs über die Kosten der Nichtverwirklichung der Europäischen Umweltgemeinschaft“ einfließen.

Bonn, den 13. Dezember 1993

**Dr. Liesel Hartenstein**  
**Michael Müller (Düsseldorf)**  
**Heidemarie Wieczorek-Zeul**  
**Gerd Andres**  
**Dr. Ulrich Böhme (Unna)**  
**Marion Caspers-Merk**  
**Peter Conradi**  
**Dr. Marliese Dobberthien**  
**Elke Ferner**  
**Monika Ganseforth**  
**Stephan Hilsberg**  
**Susanne Kastner**  
**Siegrun Klemmer**  
**Dr. Klaus Kübler**

**Klaus Lennartz**  
**Ulrike Mehl**  
**Jutta Müller (Völklingen)**  
**Dieter Schloten**  
**Dietmar Schütz**  
**Dr. Peter Struck**  
**Dr. Gerald Thalheim**  
**Wolfgang Weiermann**  
**Barbara Weiler**  
**Reinhard Weis (Stendal)**  
**Dr. Axel Wernitz**  
**Dr. Norbert Wieczorek**  
**Hans-Ulrich Klose und Fraktion**

### **Begründung**

Die Überwindung der Beschäftigungskrise ist eine der vorrangigen Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft. Bei der Entwicklung der Strategie zur Überwindung der Beschäftigungskrise werden bislang Indikatoren zugrunde gelegt, die die Umwelt als entscheidenden Parameter einer volkswirtschaftlichen Bilanzierung und als langfristige Grundlage der Ökonomie nicht ausreichend berücksichtigen.

Unser Wohlstand hat eine falsche Berechnungsgrundlage, sie ist durch die Externalisierung von Umweltkosten und deren Abwälzung auf die Allgemeinheit gekennzeichnet. Es werden Zuwächse des wirtschaftlichen Wohlstands suggeriert, die faktisch nicht vorliegen.

Die Kosten umweltpolitischer Maßnahmen und der daraus resultierende Nutzen sind den volkswirtschaftlichen Verlusten durch Umweltbelastung gegenüberzustellen, damit Entscheidungen im Sinne einer Langfristökonomie getroffen werden können. Die ökologische Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften kann zudem einen Ausweg aus der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise bieten.